**Preisverordnung Nr. 272.
Verordnung über Preise für Stahlbleche.
Vom 30. Oktober 1952**

§ 1

(1) Die bisherigen gesetzlichen Preise für Grob-, Riffel-, Warzen-, Raupen-, Mittel-, Handelsfein-, Qualitätsfein- und Elektrobleche gemäß Preislisten* der DHZ Metallurgie bleiben unverändert.

(2) Die Preise gemäß Abs. 1 gelten für allseitig beschnittene Bleche. Werden gemäß § 11 der Anordnung vom 15. August 1952 über Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Blechproduktion (GBl. S. 755) Bleche geliefert, die nur am Kopf und am Fuß beschnitten sind, so ist der Preisberechnung das theoretische Gewicht des beschnittenen Bleches zugrunde zu legen.

(3) Die Aufpreise für Richten und Glühen von Blechen gemäß der im Abs. 1 genannten Preislisten bleiben unverändert. Die Aufpreise gelten auch, wenn das Glühen oder Richten außerhalb der Walzwerke durchgeführt wird. Sonderpreisbewilligungen werden mit Inkrafttreten der Verordnung aufgehoben.

§ 2

Der Frachtberechnung ist die Strecke Lieferwerk bis Verwendungsort zugrunde zu legen. Das Glühwerk gilt nicht als Verwendungsort. Umwegfrachten, die durch Glühen der Bleche außerhalb des Blechwalzwerkes entstehen, gehen zu Lasten der Walzwerke.

§ 3

Alle Bestellungen über Bleche sind der DHZ Metallurgie zuzuleiten. Die DHZ Metallurgie vergibt die Aufträge entsprechend der vorhandenen Kapazität.

§ 4

(1) Die sich voraussichtlich zum 31. Dezember 1952 auf Grund dieser Regelung für das Glühen von Blechen ergebenden außerplanmäßigen Verluste sind von den Betrieben nachzuplanen und bis zum 15. November 1952 ihren Ministerien oder Staatssekretariaten mitzuteilen. Der Staatshaushalt deckt die nachgewiesenen außerplanmäßigen Verluste.

(2) Sämtliche Betriebe mit Glühkapazitäten weisen in ihren Kontrollberichten zum 31. Dezember 1952 die ihnen über den Plan hinaus entstandenen Verluste aus der Glühproduktion für Bleche gesondert aus. Den Ministerien bzw. Staatssekretariaten sind bis spätestens 20. Januar 1953 die Berechnungsunterlagen für die in den Kontrollberichten ausgewiesenen Verluste einzureichen.

§ 5

Das Ministerium für Hüttenwesen und Erzbergbau hat in Zusammenarbeit mit dem Ministerium der Finanzen eine Erhebung über vorhandene Glühkapazität in allen Betrieben durchzuführen.

§ 6

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft und gilt auch für laufende Verträge.

Berlin, den 30. Oktober 1952

Ministerium der Finanzen

I. V.: R u m p f
Staatssekretär

♦ Zu beziehen durch die DHZ Metallurgie.

**Erste Durchführungsbestimmung
zur Verordnung über die Meldung
von Geschwulsterkrankungen.**

Vom 20. Oktober 1952

Auf Grund des § 13 der Verordnung vom 24. Juli 1952 über die Meldung von Geschwulsterkrankungen (GBl. S. 632) wird zur Durchführung der Geschwulstbekämpfung folgendes bestimmt:

§ 1

(1) Für mehrere Landkreise kann eine Betreuungsstelle für Geschwulsterkranke errichtet werden. Der Rat des Bezirkes, Abteilung Gesundheitswesen, bestimmt, bei welchen Abteilungen Gesundheitswesen der Land- oder Stadtkreise eine Betreuungsstelle für Geschwulstkranke zu errichten ist. Der Wirkungsbereich der Betreuungsstelle soll sich mindestens auf 100 000 Einwohner erstrecken, wobei jedoch entsprechend den örtlichen Verhältnissen kleinere Abweichungen möglich sind.

(2) Hinsichtlich der Aufgaben der Betreuungsstelle (§ 2) hat der Rat des Kreises, Abteilung Gesundheitswesen, die entsprechenden Verwaltungsbefugnisse auch in den Land- und Stadtkreisen, in die sich der Wirkungsbereich der Betreuungsstelle erstreckt; die Abteilung Gesundheitswesen und Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesens haben zur Durchführung der Aufgaben der Betreuungsstelle die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

(3) Die Betreuungsstelle für Geschwulstkranke steht unter ärztlicher Aufsicht eines hierfür vom Rat des Kreises, Abteilung Gesundheitswesen, bestellten geeigneten Arztes.

§ 2

(1) Die Betreuungsstelle für Geschwulstkranke hat folgende Aufgaben:

- a) Sammlung und Bearbeitung der gemäß den §§ 1 bis 6 der Verordnung vom 24. Juli 1952 über die Meldung von Geschwulsterkrankungen (GBl. S. 632) zu erstattenden Meldungen. Weiterleitung der Meldungen an die Abteilung Gesundheitswesen des Bezirkes gemäß § 7 der genannten Verordnung.
- b) Registrierung aller Geschwulstkranken und Überwachung, daß Geschwulstkranke zu Untersuchungen und zur Behandlung eingewiesen sowie entsprechend untersucht und behandelt werden.
- c) Organisation und Durchführung vorbeugender Untersuchungen, besonders in Betrieben und in Einrichtungen des staatlichen Gesundheitswesens. Aufklärung und Beratung der Bevölkerung über Geschwulsterkrankungen und deren Gefahren.
- d) Einrichtung von ärztlichen Beratungsstellen für Geschwulsterkranke in Polikliniken, Landambulatorien und Krankenhäusern. Die Polikliniken, Landambulatorien und Krankenhäuser haben Räume und Ausrüstung zur Verfügung zu stellen.